



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

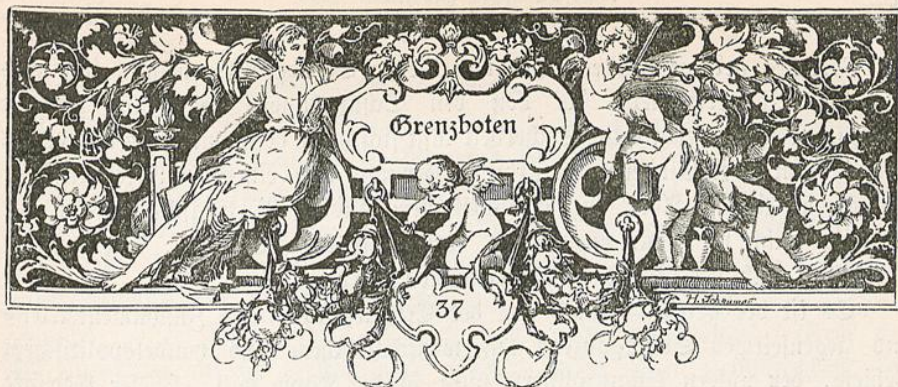
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wirtschaftlicher Partikularismus

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Wirtschaftlicher Partikularismus



Der deutsche Zollverein ist öfter als Vorläufer der deutschen Einigung bezeichnet worden. Es mag dahingestellt bleiben, wie weit wirklich die politische Einigung durch die handelspolitische erleichtert wurde. Beides war eben eine Notwendigkeit. Wenn wir uns im Geist in die alten Zustände zurückversetzen, erscheinen sie uns unerträglich; wir begreifen schwer, daß sie so lange erhalten werden konnten, und es scheint uns ein ungeheuerlicher Gedanke zu sein, daß sie jemals wieder hergestellt werden könnten.

Das wird nun auch trotz aller partikularistischen Regungen nicht gelingen. Es wird aber zu wenig beachtet, daß auch in dem wirtschaftlichen Partikularismus eine Gefahr der Verfeindung liegt, die nicht so groß sein mag, die aber doch durch Widerlegung der ihr zu Grunde liegenden Irrtümer bekämpft werden sollte. Die Eiferjucht auf wirtschaftlichem Gebiete, die beständig das eigne Land oder den eignen Landesteil übervorteilt glaubt, strebt natürlich nach der Abgrenzung möglichst enger Gebiete. Die Schutzzöllner sind neidisch auf jeden wirklichen oder angeblichen Vorteil, den das Ausland durch ein handelspolitisches Abkommen gewinnt. Wollten wir die Ratschläge unsrer Schutzzöllner, insbesondre der Agrarier, befolgen, so würde der Abschluß von handelspolitischen Vereinbarungen überhaupt unmöglich sein. Es ist unmöglich, ein handelspolitisches Abkommen zu stande zu bringen, wobei alle Vorteile nur auf einer Seite sind, während das andre Land womöglich Schaden leidet. Keine verständige Regierung würde sich auf ein solches Abkommen einlassen.

Glücklicherweise sind die Nachteile, die das eine oder andre Land bei den Handelsverträgen der neuern Zeit erlitten haben soll, nur in der Phantasie der Schutzzöllner vorhanden. Die Zollschranken wurden nach dem Grundsatz ermäßigt, daß immer den Interessen der beiden Staaten durch Erleichterung

des Verkehrs gedient werde. Und von diesem Standpunkt erledigen sich auch alle die Schwierigkeiten, die von den Schutzöllnern absichtlich gemacht werden. Mit mathematischer Sicherheit läßt sich nicht bestimmen und abgrenzen, welches von zwei Ländern den größeren Gewinn aus einem handelspolitischen Abkommen zieht. Aber wir brauchen dem andern Vertragsschließenden die Vorteile nicht so genau zuzumessen, wenn wir überzeugt sind, daß wir auf alle Fälle auch bei dem Vertrage gewinnen werden.

Es ist der große Gedanke von der Ersprißlichkeit des Zusammenwirkens und gegenseitigen Sichergänzens auf wirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiete, der unsern Schutzöllnern nicht in die Köpfe will. Dieser Gedanke hat zugleich eine versöhnende Macht, während die wirtschaftliche Eifersucht leicht auch auf das politische Gebiet übertragen werden und hier die guten Beziehungen zum Auslande stören kann. Das wird zwar von unsern Schutzöllnern lebhaft bestritten. Sie behaupten, daß man mit dem Nachbar trotz heftiger wirtschaftspolitischer Kämpfe in gutem Einvernehmen auf politischem Gebiete bleiben könne. Nun ist zuzugeben, daß heute nicht leicht aus handelspolitischer Eifersucht allein ein Krieg entstehen kann. Aber wenn einmal Mißstimmung zwischen zwei Völkern herrscht, so kann sie durch handelspolitische Eifersucht noch bestärkt werden, während umgekehrt die Einsicht, daß ein gegenseitiger reger Verkehr im beiderseitigen Interesse liege, so wie auch dieser Verkehr selbst, der die Völker einander näher bringt und besser kennen lehrt, zur Abschleifung nationaler Vorurteile und nationaler Eifersucht dient. Es sei hier nur auf unser Verhältnis zu Rußland hingewiesen. Die Zeit der nationalen Verfeindung und starken Mißstimmung war zugleich eine Zeit, wo man auf beiden Seiten durch Aufstürmen immer höherer Zollschranken den wirtschaftlichen Interessen des eignen Landes zu dienen glaubte. Heute sind die politischen Beziehungen viel besser geworden. Das hat ja zum Teil andre Ursachen. Daß aber die Handelspolitik daran ganz unbeteiligt sei, und daß die schutzöllnerische Stimmung in frühern Jahren die nationale Mißstimmung nicht gefördert haben sollte, können wir nicht glauben.

Unsre Agrarier sind bekanntlich eifrig bemüht, eine schutzöllnerische Rückströmung in der öffentlichen Meinung zu erzeugen, um dann allmählich auch die Gesetzgebung wieder in eine schutzöllnerische Richtung zu bringen. Und sie haben hierbei nicht bloß im Inlande einige Erfolge gehabt, sondern auch im Auslande eine Wirkung geübt, die schwerlich beabsichtigt war. Die schutzöllnerischen Anschauungen haben etwas ansteckendes. Wenn unsre Schutzöllner beständig ausrufen, daß wir die Betrognen seien, die überall zu kurz kämen, daß unsre handelspolitischen Abmachungen mit dem Auslande diesem ermöglichten, uns auf alle Art zu übervorteilen, so rühren sich auch die Schutzöllner im Auslande, so wird ihr Mißtrauen gegen die Zweckmäßigkeit dieser Abmachungen, das ohnehin schon vorhanden war, bestärkt, und sie kommen dann

bei einer Prüfung der Verträge zu den entgegengesetzten Schlüssen und glauben, daß gerade auf Seiten ihres Landes alle Nachteile zu finden seien. Was unser handelspolitisches Verhältnis zu Rußland betrifft, so haben die beständigen Klagen und Entstellungen unserer Agrarier zunächst einen Fieberkrieg zwischen russischen Blättern und unsern agrarischen zur Folge gehabt. Von russischer Seite wird behauptet, daß unsre Regierung dem Geiste der Handelsverträge nicht durchaus treu geblieben sei, daß sie in der Praxis zum Teil dagegen verstoße. Diese Behauptung ist auch nicht ganz unbegründet. Dem von den Agrariern auf die Gesetzgebung geübten Druck ist es zuzuschreiben, daß das Bemühen, schutzöllnerische Grundsätze wieder einzuschmuggeln, mehrfach hervorgetreten ist. Das hindert natürlich die Agrarier nicht, den von russischer Seite erhobnen Anklagen gegenüber die Bekränkten, Unschuldigen zu spielen.

Noch ernster aber könnten die Folgen sein, die das Treiben der Agrarier für unsre handelspolitischen Beziehungen zu Amerika hat. Ist doch dort die Schutzollpartei neuerdings wieder erstarbt und hat die besten Aussichten, bei der nächsten Präsidentenwahl zu siegen. Unsre Agrarier aber thun ihr möglichstes, das Feuer zu schüren. Die agrarische Bewegung bei uns hat drüben das Mac Kinleytum sozusagen großgezogen. Denn die Amerikaner sind begreiflicherweise am empfindlichsten gegen jedes Bestreben, die Einfuhr ihrer landwirtschaftlichen Produkte zu erschweren. Hieran aber liegt gerade den Agrariern am meisten. So ist denn der Anlaß zum Streit gegeben. Wenn auch eine Erhöhung der Getreidezölle vorläufig nicht durchführbar ist, so suchen doch die Agrarier das Schutzollsystem zu ergänzen, indem sie, angeblich aus Gesundheitsrückichten, die Vieheinfuhr zu erschweren suchen.

Die Agrarier fürchten den wirtschaftlichen Kampf mit dem Auslande nicht. Daß die Ausfuhrinteressen unsrer Industrie geschädigt werden, macht ihnen keine Sorgen, wenn nur die Konkurrenz für die Landwirtschaft eingeschränkt wird. Aber sie geben sich den Anschein, als ob sie nicht grundsätzliche Gegner solcher handelspolitischen Vereinbarungen wären, die Erleichterungen des Verkehrs schaffen. Man müsse es, behaupten sie, nur recht anzufangen wissen, solche Vereinbarungen für das eigne Land möglichst vorteilhaft zu gestalten. Und das wollen die Agrarier am besten verstehen, besser als die zum Freihandel neigenden Politiker und die etwas von freihändlerischen Grundsätzen angekränkelte Regierung. Man müsse, behaupten sie, das Ausland einzuschüchtern suchen, indem man es merken lasse, wie unentbehrlich ihm unser Markt sei. Sie stellen es so dar, als ob das Ausland gezwungen sei, uns Zugeständnisse zu machen, während wir uns nicht in der gleichen Lage befänden. Dieses Verfahren hätte beinahe dazu beigetragen, den russischen Handelsvertrag zum Scheitern zu bringen, und es wird auch in Zukunft ungünstige Folgen haben, wenn man solchen Ratschlägen Gehör giebt und dem Auslande günstige Bedingungen abzutrotzen sucht. Denn die Wirkungen

eines solchen Verfahrens sind den gehofften gerade entgegengesetzt. Es wird den Schutzöllnern im Auslande dadurch erleichtert, ihre Interessen auf Kosten des ganzen Landes zur Geltung zu bringen. Man kommt auf diese Art zu Zollkämpfen, und dem wirtschaftlichen Leben fehlt die Sicherheit, die es so nötig hat.

„Nationale Selbständigkeit,“ so lautet das Schlagwort, durch das schon seit langer Zeit die Schutzöllner ihren Bestrebungen eine Stütze zu geben suchen. Sie suchen dem Nationalstolz zu schmeicheln, die „Abhängigkeit“ vom Auslande, die in dem Bezug von Arbeitserzeugnissen aus dem Auslande liegen soll, als eines starken Volks unwürdig, als eine Gefahr darzustellen. Wir müßten, heißt es, auf eignen Füßen stehen, die Versorgung vom Auslande her möglichst zu entbehren suchen. Man hat uns vorgeredet, daß die Notwendigkeit, auf die Kornzufuhr des Auslands angewiesen zu sein, uns in eine schmachvolle und unter Umständen gefährliche Abhängigkeit versetze. Darum müsse die Landwirtschaft in den Stand gesetzt werden, den inländischen Markt zu versorgen, was sie auch könne, wenn ihr nur der nötige Schutz und die nötige Aufsicht zu teil werde. Aber die Landwirtschaft hat es trotz der ihr gewährten staatlichen Unterstützung nicht dahin bringen können, ihre Produktion so zu steigern, daß dadurch das Bedürfnis des Inlands gedeckt würde. Und sie wird es auch in Zukunft nicht dahin bringen. Die Gefahren der Abhängigkeit aber bestehen nur in der agrarischen Phantasie. Denn das Ausland ist eben so sehr darauf angewiesen, seine Erzeugnisse an uns abzugeben, wie wir darauf, diese Erzeugnisse zu verbrauchen. Ein Land durch Abschneidung von Zufuhren auszuhungern, das würde selbst in Kriegszeiten eine sehr schwere Aufgabe sein. Und daß der Plan, das zu thun, gefaßt werde, setzt eine politische Kombination voraus, mit der wir uns kaum ernsthaft zu beschäftigen haben.

Um etwaige Unzuträglichkeiten dieser „Abhängigkeit“ vom Auslande zu vermeiden, ist es jedenfalls das sicherste Mittel, die vernünftige Einsicht zu verbreiten, daß die Völker auf den Verkehr mit einander angewiesen sind und einander nötig haben, so daß jede Störung dieser Verbindung dem Wohlstande Wunden schlägt. Die agrarische Agitation sucht in der entgegengesetzten Richtung zu wirken. Was aus dem Auslande kommt, wird als minderwertig und teilweise schädlich hingestellt. Auch der Berufsstand, der hauptsächlich den Verkehr mit dem Auslande vermittelt, der Handelsstand, wird verdächtigt. Alles, um die Vorzüge einer „Nationalwirtschaft“ in hellem Licht erscheinen zu lassen. Wollten wir den Agrariern glauben, so wäre sowohl die Ausfuhr nach dem Auslande als der Bezug von Produkten aus dem Auslande überflüssig. In dem Idealstaat der Agrarier soll die Industrie ihren Absatz im Inlande finden. Und das wird, meinen sie, sehr leicht möglich sein, wenn die Landwirtschaft so kaufkräftig wird, daß sie der Industrie ihre Erzeugnisse abnehmen

fann. So wird, wenn es vielleicht in einer fernern Zukunft gelingen sollte, diesen blühenden und kräftigen Nationalstaat herzustellen, im Inlande einer von dem andern leben. Wozu brauchen wir dann noch das Ausland?

Daß wir gewisse Produkte gar nicht hervorbringen können, andre mit viel geringerem Nutzen, als wenn wir sie aus dem Auslande beziehen, daß es ein Fortschritt ist, wenn uns die Erzeugnisse ferner Weltteile zugänglich gemacht werden, ein Fortschritt, wenn wir für das Ausland arbeiten und manche Erzeugnisse dorthin billiger liefern, als sie an Ort und Stelle hervorgebracht werden, wird von den Agrariern nicht anerkannt.

Wie ansteckend diese Vorstellungen wirken, zeigt sich deutlich in dem in den Vereinigten Staaten Nordamerikas sich abspielenden Wahlkampf. Hat doch neulich auf der Versammlung der demokratischen Partei in Chicago der Prophet der Silberchwärmer, William Jennings Bryan, die Herzen seiner Zuhörer entzückt, als er an den Nationalstolz und das Unabhängigkeitsgefühl des amerikanischen Volkes appellierte, als er einen Vergleich anstellte zwischen der von hohem Selbstbewußtsein zeugenden Unabhängigkeitserklärung der Vorfahren und dem gegenwärtigen Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit vom Auslande. Seine Worte bezogen sich freilich nicht auf die Schutzollfrage, sondern auf die Währungsfrage. Aber gerade in diesen Währungskämpfen tritt ja deutlich der Irrtum hervor, daß ein sicherer Wertmesser, wie er durch die Einführung der Goldwährung festgesetzt worden ist, eine Fessel sei, wodurch das Inland zu seinem eignen Schaden an das Ausland geknüpft und in Abhängigkeit von diesem gebracht werde. Die amerikanischen Fanatiker des Bimetallismus verlangen, daß Amerika mit Einführung der Doppelwährung auf eigne Hand vorgehe, wenn sich eine internationale Vereinbarung, wie sie von den gemäßigten Anhängern der Partei für notwendig erklärt wird, nicht durchführen läßt. Diesem stürmischen Verlangen nach Doppelwährung liegt ein tiefes Mißtrauen gegen das Kapital zu Grunde. Das Kapital hat angeblich in der Goldwährung ein Mittel, die produktiven Stände auszubenten. Und weil die ältern Kulturländer, namentlich England, einen größern Kapitalreichtum besitzen, werden sie als Ausbeuter bezeichnet, die den jungen emporstrebenden Riesen Amerika in seiner Entwicklung hemmen. So wird denn jetzt in dem Wahlkampf populären Vorstellungen geschmeichelt, indem man Mißtrauen und Feindschaft gegen England zu erregen sucht.

Es ist nicht zu verkennen, daß der Kapitalhaß eine gewisse Berechtigung hat. Gerade in den Vereinigten Staaten hat das Kapital viele Sünden begangen, die sich jetzt durch die dagegen erregte begreifliche Erbitterung rächen. Aber so weit die Silbermänner wirklich in dem guten Glauben handeln, der Volkswohlfahrt zu dienen, sind sie auf falscher Spur. Die Macht der Trusts würde durch Doppelwährung am wenigsten gebrochen werden. Viel wirksamer wäre der Kampf gegen das Schutzollsystem, der jedoch gerade durch das Vor-

schieben der Währungsfrage gelähmt wird. Das Streben nach nationaler Unabhängigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet, so weit es zum Abschließen durch Zölle führt, ist dem Gedeihen der Trusts förderlich, für deren Emporkommen die freie Konkurrenz des Auslandes wenigstens ein starkes Hemmnis sein würde.

Aber die Vergehen des Kapitals berechtigen doch nicht dazu, seine Bedeutung für die moderne Weltwirtschaft zu verkennen, wie es von den Fanatikern geschieht. Wie wäre denn die großartige und rasche Entwicklung Nordamerikas möglich gewesen, wenn sie nicht die Hilfe des Kapitals und das reichliche Vorhandensein von Kapital ermöglicht hätte? Die nach Doppelwährung lüsternen Farmer Nordamerikas verkennen, daß dem raschen Emporbühen ein Rückschlag folgen mußte, daß sie selbst durch Raubbau, durch schwindelhaftes Steigen der Landpreise ihr Teil dazu beigetragen haben, die Lage der Landwirtschaft zu verschlechtern. Es geht ihnen ähnlich wie unsern Agrariern, die sich auch über die Ursachen des wirtschaftlichen Rückgangs keine Rechenschaft geben und ihren eignen Anteil daran nicht eingestehen wollen. Solche Krisen heilt man nicht durch Zaubermittel, wie Doppelwährung oder Schußzoll; sie müssen allmählich überwunden werden.

Bedeutet aber Pflege der wirtschaftlichen Sonderinteressen wirklich Stärkung des Nationalbewußtseins? Die Interessenpolitiker begnügen sich nicht damit, Feindseligkeit und Mißtrauen gegen das Ausland zu predigen. Wir hören von ihnen nicht bloß, daß das Inland dem Auslande gegenüber immer zu kurz komme, sondern auch, daß im Inlande gewisse Gegenden bevorzugt würden. Bei uns ist es der arme Osten, zu dessen Gunsten Maßregeln verlangt werden, die dem Mißverhältnis zwischen seiner Lage und der des höher entwickelten Westens abhelfen sollen. In Amerika sind es die Staaten des Westens mit ihrer ältern und höher entwickelten Kultur, gegen die der Meid erregt wird. Pessimisten haben sogar behauptet, daß ein neuer Sezessionskrieg bevorstehe, der aber nicht zwischen Norden und Süden, sondern zwischen Osten und Westen geführt werden müsse. Dazu wird es nun doch voraussichtlich nicht kommen; es ist auch gar keine scharfe Grenze zu ziehen zwischen den östlichen und den westlichen Staaten, die sie nach ihren wirtschaftlichen Besonderheiten schiebe. Aber diese Kämpfe zeigen doch klar, welche verfeindende Macht die wirtschaftliche Interessenpolitik hat, und daß sie nach Abgrenzung möglichst enger Gebiete strebt. Es ist ja ganz natürlich, daß sich in den ältern östlichen Staaten Nordamerikas ein größerer Kapitalreichtum angesammelt hat. Aber die Erwerbungsbedingungen haben doch lange im Westen mit seiner jüngern Kultur günstiger gelegen. Jetzt, da das Erwerben von Wohlstand nicht mehr so leicht geht, Landspekulationen nicht mehr lohnend sind, wird über das Sklaventum der produktiven Stände, über die Abhängigkeit der kapitalarmen Gegenden von den kapitalreichen geklagt.

Echt partikularistische Züge weist auch bei uns die Interessenpolitik auf.

Saben doch sogar die Vertreter eines und desselben Berufsstandes, der Landwirtschaft, Interessenkämpfe mit einander ausgefochten, wenn sich die Interessen des Ostens und die des Westens mit einander kreuzten. Die agrarischen Bestrebungen und die auf Anraten der Agrarier von der Gesetzgebung unternommenen Maßregeln dienen zum großen Teil nur den Interessen der Landwirtschaft gewisser Gegenden. Die Landwirtschaft in den übrigen Teilen des Reichs ist von diesen Bevorzugungen ausgeschlossen. Hauptsächlich ist es der Osten, zu dessen Gunsten gesetzgeberische Maßregeln manchmal freilich von recht zweifelhaftem Wert verlangt werden. Es ist nicht zu verwundern, daß diese Bevorzugung des Ostens anderswo Mißstimmung erregt. Daß die wirtschaftlichen Bestrebungen sonderlich der östlichen Agrarier stark mit politischen verquickt sind, daß die preußischen Junker politische Bestrebungen verfolgen, die im Süden sehr unpopulär sind, dient weiter dazu, die Gefahr der Verfeindung der Stämme unter einander zu erhöhen.

Aber wie sehr auch die Regierung den Osten begünstigen mag, sie kann nicht alle seine Wünsche erfüllen, sie kann nicht die Verkehrspolitik und Handelspolitik ganz nach den einseitigen Forderungen gestalten, die der wirtschaftliche Partikularismus im Namen einzelner Landesteile stellt, weil sie dadurch andre Landesteile schwer benachteiligen würde. Daß der wirtschaftliche Kampf im Inlande Gefahren für das wirtschaftliche Gedeihen mit sich bringt, kann keine für das Wohl des ganzen Landes verantwortliche Regierung verkennen. Aber den naheliegenden Schluß, daß dann auch die Anfeindung des Auslandes und das Bemühen, eigne Vorteile durch Schädigung des Auslandes zu erlangen, thöricht ist, wollen die Fanatiker protektionistischer Maßregeln nicht ziehen.

Für die wirtschaftlichen Beziehungen sind doch die politischen Landesgrenzen nur etwas zufälliges. Zwei Landesteile, die durch eine politische Landesgrenze getrennt sind, können auf den Verkehr mit einander ebenso sehr und manchmal mehr angewiesen sein, als zwei, die politisch zusammengehören. Die Schutzzollpolitik hat den Verkehr in unnatürliche Bahnen gedrängt, weil sie Schranken aufrichtet zwischen Landesteilen, die wegen ihrer natürlichen Lage aus dem Verkehr mit einander am meisten Vorteil ziehen würden. Wollte man die Schutzzollbestrebungen bis zu ihren äußersten Konsequenzen treiben, der wirtschaftlichen Eifersucht zwischen den einzelnen Landesteilen volles Genüge schaffen, so müßte man im Inlande die alten Schranken wieder aufrichten und engere Wirtschaftsgebiete herstellen, die sich gegenseitig mit Gesetzesmaßregeln bekämpfen. Eine solche Forderung wird nicht gestellt, weil sie offenbar unsinnig wäre. Wird aber eingesehen, daß die wirtschaftliche Verfeindung im Inlande vom Übel ist, so sollte auch zugegeben werden, daß die Gemeinsamkeit der Interessen über die politischen Landesgrenzen hinausreicht, und daß diese gemeinsamen Interessen durch Maßregeln, die eine kurzfristige Selbstsucht verlangt, geschädigt werden.

